

Im Gespräch mit: Samira Marti

SP-Nationalrätin und Co-Fraktionschefin Samira Marti erklärt im Interview, wieso es die 13. AHV-Rente braucht und dass deren Finanzierung kein Problem ist.

«Die AHV-Rente reicht zum Leben nicht»

Anna Wanner

Frau Marti, Sie sind jetzt 30. Werden Sie 2059 bei Ihrer Pensionierung eine gute AHV-Rente erhalten?

Samira Marti: Klar. Die Verfassung garantiert allen eine existenzsichernde Rente. Das wird auch in 35 Jahren so sein.

Sind Sie bereit, dafür länger als bis zum regulären Pensionsalter 65 zu arbeiten?

Marti: Mal schauen, wie es mir dann geht. Viele behaupten das im jungen Alter. Wenn es dann auf die 60 zugeht, sieht die Welt anders aus. Deshalb lassen sich vor allem Menschen mit hohem Einkommen überdurchschnittlich oft früh pensionieren.

Bei einem Ja zur 13. AHV-Rente bliebe die Finanzierungsfrage ungelöst. Bereits am ersten Tag nach der Einführung fällt das Umlageergebnis der AHV ins Minus. Pro Jahr braucht es vier bis fünf Milliarden Franken mehr. Verstehen Sie, dass dies Unbehagen auslöst?

Marti: Ich erlebe das anders. Die Leute wissen, dass es der AHV gut geht. Und dass die Prognosen zuletzt immer pessimistischer waren als die Realität. Das Vermögen des AHV-Fonds wird bis 2030 auf fast 70 Milliarden ansteigen. Es macht keinen Sinn, dass die AHV weiter Reserven anspart, während die Rentnerinnen und Rentner angesichts der steigenden Preise bald keine Reserven mehr haben. Dieses Geld soll lieber zu den Leuten.

Das Argument ist billig: Die Bevölkerung hiess 2019 und 2023 zwei Zusatzfinanzierungen gut, um die AHV-Renten bis 2030 zu finanzieren. Die 13. AHV-Rente würde diese Bemühungen komplett unterlaufen.

Marti: Die Realität ist: Das Leben wird immer teurer. Zusätzlich zur allgemeinen Teuerung zahlen wir 770 Franken mehr Krankenkassenprämien als noch vor vier Jahren und 800 Franken mehr Miete. Dadurch entsteht eine Rentenlücke von insgesamt 3500 Franken. Das entspricht einer durchschnittlichen Monatsrente. Die kann mit der 13. AHV-Rente kompensiert werden.

Laut Stéphane Rossini, Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung und Ex-SP-Nationalrat, hat sich die Kaufkraft der Renten nicht verschlechtert. Zwischen 2000 und 2023 wuchs die minimale AHV-Rente im Schnitt um 0,9 Prozent, die Teuerung um 0,6 Prozent.

Marti: Wir erlebten eine volkswirtschaftliche Zäsur: Mieten, Krankenkassenprämien, Strom, Benzin und Essen werden teurer. Wir spüren es alle. Der Mischindex berücksichtigt das nur zu Teilen. Und was häufig vergessen wird: Die Krankenkassenprämien, die einen grossen Posten des Haushaltsbudgets ausmachen, sind bei der Teuerung gar nicht eingerechnet.

Das stimmt. Aber im Unterschied zu den Erwerbstätigen können AHV-Rentnerinnen und -Rentner Ergänzungsleistungen (EL) zur Finanzierung der Krankenkassenprämien und Gesundheitskosten beantragen.

Marti: Das geht komplett an der Realität vieler Menschen vorbei: Nur rund 12 Prozent beziehen EL, die allertiefsten Einkommen. Doch der Kaufkraftverlust betrifft die gesamte Mittelklasse.

Die Teuerung trifft Erwerbstätige genauso.

Marti: Natürlich betrifft sie auch Erwerbstätige und Familien. Der Kaufkraftverlust ist bei den Pensionierten aber am gravierendsten, weil die Renten aus der zweiten Säule nicht der Teuerung angepasst werden. Wer heute in Rente geht, erhält pro Monat durchschnittlich 300 Franken weniger aus der beruflichen Vorsorge als noch vor 15 Jahren. Die 13. AHV-Rente kann das



Die Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti steht hinter der 13. AHV-Rente.

BILD KEY

ausgleichen. Und die Finanzierung ist ja auch kein Problem.

Nicht?

Marti: Für die Finanzierung reichen 0,4 Prozentpunkte mehr Lohnabgaben für Arbeitnehmende sowie Arbeitgebende. Für Erwerbstätige mit einem Median-Einkommen von 6000 Franken sind das 80 Rappen pro Tag. Das ist ein marginaler Beitrag und das Preis-Leistungs-Verhältnis ist unschlagbar: Sie erhalten pro Monat 186 Franken mehr Rente.

Das Finanzproblem der AHV ist damit nicht gelöst. Im Gegenteil. Die Lücke im AHV-Fonds öffnet sich schneller. Wie finanzieren wir die AHV-Renten der Zukunft?

Marti: Der Bundesrat sagt, mittelfristig reicht die Erhöhung der Lohnabgabe von 0,4 Prozentpunkten.

Das reicht aber nur für die 13. AHV-Rente, nicht aber für die 2500000 laufenden Renten.

Marti: Der Bundesrat sagt selbst, dass Prognosen bis 2050 unseriös sind. In der Vergangenheit hat man sich bisher immer verrechnet. Selbst die UBS sagt, für die nachhaltige AHV-Finanzierung bis 2050 brauche es lediglich beidseitig 0,7 Prozentpunkte.

Das wären dann Lohnbeiträge von mehr als 10 Prozent. Es geht um mehrere Milliarden Franken, die jährlich fehlen. 2030 sind es fast 4 Milliarden, 2033 mehr als 7.

Marti: Die Milliardenbeträge muss man in Relation setzen: Bei der AHV geht es immer um viel Geld. Die Lohnsumme in der Schweiz beträgt über 400 Milliarden Franken, jedes Jahr kommen im Schnitt 7 Milliarden dazu. Gleichzeitig werden knapp 50 Milliarden Franken an Renten ausbezahlt. Mit den hohen Zahlen wird Angstmacherei betrieben.

Wieso müssen wir jenen eine 13. AHV-Rente auszahlen, die sie gar nicht

brauchen? Es ginge günstiger, indem die tiefen Renten aufgestockt werden.

Marti: Entscheidend ist nicht nur, wer eine Rente erhält, sondern wer sie finanziert. Die AHV-Maximalrente ist gedeckelt. Gleichzeitig zahlen Personen mit hohem Einkommen sehr viel mehr ein als jene mit mittleren oder tiefen Einkommen. Die Reichen profitieren also nicht. UBS-Chef Ermotti mit einem Monatslohn von 1,1 Millionen Franken müsste neu 4400 Franken mehr einzahlen pro Monat, erhält aber «nur» 200 Franken mehr AHV-Rente. Für ihn geht die Rechnung nicht auf. Für 92 Prozent der Menschen aber schon. Sie erhalten im Alter mehr an Renten ausbezahlt, als sie während ihres Erwerbslebens einzahlen.

Trotzdem: Wieso müssen wir jenen mehr Rente auszahlen, die sie nicht brauchen? Eine Erhöhung der Minimalrente und eine Anpassung der Rentenformel wäre die viel effizientere Lösung, als jährlich vier bis fünf Milliarden mehr Renten an alle auszuzahlen.

Marti: Das reicht nicht, um die Rentenlücke zu schliessen. Zwei Drittel der Versicherten beziehen eine AHV-Rente von über 2000 Franken, also deutlich mehr als die Minimalrente. Das betrifft vor allem Frauen, die dank den Betreuungsgutschriften eine gute AHV-Rente erhalten. Auch sie brauchen eine Kompensation für die Teuerung. Das ist übrigens auch der Grund, weshalb der bürgerliche Frauendachverband Alliance F die 13. AHV-Rente befürwortet.

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, ihre Parteikollegin, will auf Instrumente setzen, die gezielt jenen zugutekommen, die Unterstützung benötigen, etwa Ergänzungsleistungen.

Marti: Damit erreichen wir nur die untersten 10 bis 15 Prozent der Einkommen. Die allgemeine Teuerung, die steigenden Mieten und Prämien treffen aber auch den Mittelstand. Exemplarisch sehen wir das bei den Bauern. 55 Prozent der Landwirte le-

ben im Alter nur von der AHV, sie haben keine berufliche Vorsorge. Trotzdem beziehen nur drei Prozent EL, weil die Vorgaben so restriktiv sind. Der Bauernhof wird bei der Bezugslimite als Vermögen angerechnet – und aufgrund der Rückzahlungspflicht für die Erben müsste der Hof später zwangsverkauft werden.

Die Ergänzungsleistungen sind steuerfinanziert, da zahlen ebenfalls die Reichen mehr. Anders als bei Lohnbeiträgen spielt sogar noch die Progression. Das wäre doch im Sinne der SP?

Marti: Die EL sind für Notlagen gedacht, etwa, um Heimkosten zahlen zu können. Aber sie sind kein Mittel gegen ungenügende Renten. Arbeitnehmende verdienen nach einem langen Erwerbsleben im Alter eine Rente, von der sie anständig leben können. Mit einer durchschnittlichen AHV-Rente von 1800 Franken ist das nicht möglich.

Sie bewirtschaften damit das Stigma der EL. Dabei haben Menschen in bescheidenen Verhältnissen rechtlich Anspruch auf diese Leistungen.

Marti: Die Voraussetzungen für den EL-Bezug sind sehr restriktiv. Dazu kommt die Scham. Viele Bedürftige, die Anspruch hätten, beziehen heute keine EL. Sie wollen nicht jede Arztrechnung offenlegen und bei der Gemeinde die hohle Hand machen müssen. Auf dem Land ist das Problem noch grösser, weil die soziale Kontrolle grösser ist.

Wieso die EL dann nicht besser aufstellen?

Marti: Das Angebot der Bürgerlichen ist einfach komplett unglaubwürdig, nachdem sie erst kürzlich für Zehntausende Menschen die EL gekürzt haben – und zwar in einer Gesamthöhe von 400 Millionen. Wenn sie wirklich eine Lösung wollten, hätten sie unsere Bemühungen für einen Gegenvorschlag nicht torpediert. Es ist völlig klar: Die 13. AHV-Rente ist der einzige reale Vorschlag, der heute auf dem Tisch liegt. Alles andere ist Augenwischerei.